

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XXX/32

Bonn, den 17. Februar 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

|     |   |    |
|-----|---|----|
| 1-2 | Neues Kapitel deutscher Nachkriegspolitik<br>Die Wahl Brandts zum SED-Vorsitzenden<br>Demonstration und Verpflichtung                     | 85 |
| 3   | Triumph der demokratischen Kräfte in Griechenland<br>Papandreu wieder Ministerpräsident - Absolute Mehrheit<br>Von Dr. E. P. Katsiopoulos | 49 |
| 4   | Eine Nachlese<br>Von Heinrich G. Ritzel, MdB<br>Mitglied des Haushaltsausschusses des Bundestages   | 52 |
| 5-6 | Ägyptische Impressionen<br>Land des Fatalismus und Paratismus<br>Von Peter Jacobs, MdB  | 92 |

Chefredakteur Günter Markscheffel

17. Februar 1964

## Neues Kapitel deutscher Nachkriegspolitik

### Die Wahl Brandts zum SPD-Vorsitzenden Demonstration und Verpflichtung

sp - Nun ist auch formell durch den Ausserordentlichen Parteitag der SPD in Bad Godesberg Willy Brandt, der Regierende Bürgermeister von Berlin, als Vorsitzender der deutschen Sozialdemokratie mit einem überwältigenden Vertrauensvotum bestätigt worden. Selten hat die Wahl eines Parteivorsitzenden der SPD soviel Resonanz in unserem Volk, aber auch in der Weltöffentlichkeit ausgelöst. Vor und nach dem Wahlakt trafen viele Telegramme ein, von denen das des Bundespräsidenten Lübke hervorzuheben ist und die Grundstimmung in unserem Volke charakterisiert. Es lautet:

- \* "Zu Ihrer Wahl zum Vorsitzenden der Sozialdemokratischen
- \* Partei Deutschlands beglückwünsche ich Sie herzlich.
- \* Sie dürfen in dieser Entscheidung einen Beweis des Ver-
- \* trauens sehen, der Sie in dem Willen bestärken wird,
- \* mit Ihrer ganzen Kraft für unser Volk und seinen frei-
- \* heitlichen Rechtsstaat zu wirken. Ich wünsche Ihnen in
- \* diesem Bemühen vollen Erfolg."

Es gab und gibt freilich auch andere Stimmen. Viel Drucker-  
schwärze wurde in den Tagen vor der Wahl für die Argumente gegen  
Brandts Wahl - man tat sich sehr besorgt dabei - verwendet. Willy  
Brandt könne unmöglich neben dem Amt des Regierenden von Berlin  
den Vorsitz einer großen Partei übernehmen. Diese doppelte Be-  
lastung würde ihn zerreißen und der ihm zugemessenen Aufgabe,  
Berlin zu sichern, seine Freiheit zu bewahren, Symbol des Wider-  
standswillens gegen den Kommunismus zu sein, entfremden. Was in  
diesem Zusammenhang gesagt und geschrieben wurde, gehört wahrlich  
nicht zu den intelligenten Bemerkungen zur Zeitgeschichte.

Kann einem Mann, der im Geist Ernst Reuters und einer Louise  
Schröder in den schwersten Stunden Berlins während der Blockade  
und nach dem Bau der Schandmauer die drohende Kriegsgefahr durch  
seinen moralischen Mut und durch sein politisches Handeln abwan-  
delte, den Berlinern und dem deutschen Volk das Selbstbewußtsein  
stärkte und mit Geschick, Voraussicht und visionärem Blick  
Deutschlands Hauptstadt durch die Gefahrenzone leitete, die Qua-  
lifikation abgesprochen werden, gesamtdeutsches Schicksal maßgeb-  
lich mitzubestimmen?

Die deutsche Sozialdemokratie wählte Brandt zu ihrem Vor-  
sitzenden im Bewußtsein unlösbarer Verbundenheit zu Berlin und  
zu dem Teil unseres Volkes, der in Mitteldeutschland zum Schweigen  
verurteilt ist. Willy Brandt an der Spitze der deutschen So-  
zialdemokratie, die in ihrer hundertjährigen Geschichte niemals  
die Schlagseite des Separatismus gekannt hat, ist die Gewähr für

17. Februar 1964

eine an Freiheit und Frieden sich orientierenden gesamtdeutschen Politik.

In Willy Brandt und seinen Stellvertretern Fritz Erler und Herbert Wehner symbolisiert sich der politische Weg unseres Volkes in den letzten Jahrzehnten. Diese drei Persönlichkeiten, so verschieden auch ihr Lebensweg sein mag, haben eine gemeinsame Aufgabe: Sie haben unserem Volk die Wiederholung der Schrecken der Vergangenheit zu ersparen, unserem Volk einen Platz in der Weltordnung zu sichern, der seiner Bedeutung entspricht, und dessen Rolle als friedenerhaltender Faktor gesichert werden muß.

Willy Brandt gehört zu den Suchenden in unserem deutschen Volk, er zählt zu seinen hervorragendsten Kämpfern. Freiheit, Gerechtigkeit, Dienst an Deutschland, das sind bei ihm und seiner Partei, die ihn zu ihrem Vorsitzenden erkor, keine Lippenbekenntnisse; sie sind ihm Inhalt seines Lebens und verpflichtendes Tun für politisches Wirken. Er kann sich auf eine Reihe von Vorgängern berufen, die mit goldenen Lettern im Buch der deutschen Geschichte eingetragen sind: Ferdinand Lassalle, August Bebel, Otto Wels, Kurt Schumacher und Erich Ollenhauer. Solches Erbe verpflichtet.

Tradition bedeutet nicht und darf nicht eine sklavische Abhängigkeit von Vergangenen sein. Auf den Geist kommt es an. Die deutsche Sozialdemokratie trat mit dem Anspruch in die Geschichte unseres Volkes, Anwalt der Unterdrückten und Klägger gegen das Unrecht zu sein. Die Bedingungen der Gesellschaft des 19. Jahrhunderts gelten nicht mehr. Wir leben in einer Zeit, die ganz neue Probleme aufwirft, in der Zeit eines gewaltigen, den Zeitgenossen nicht immer sichtbar und bewußt werdenden Wandels. Doch der Mensch bleibt bedroht.

Der Ausserordentliche Parteitag in Bad Godesberg galt der Neuwahl eines Vorsitzenden. Dieser Akt wird nicht ohne tiefgreifende Einwirkungen auf die innere und äußere Entwicklung unserer Bundesrepublik bleiben. Mit diesem Parteitag verband sich der Anspruch der deutschen Sozialdemokratie, die Geschicke unserer Nation in Mitverantwortung zu gestalten; Willy Brandt, seine Stellvertreter und die Unzahl der Getreuen wissen sich darin einig, daß es der Mobilisierung der schöpferischen Kräfte unseres Volkes und der Beweglichkeit bedarf, um die kommenden Stürme bestehen zu können. Mit der Neuwahl des Vorsitzenden der deutschen Sozialdemokratie hat ein neues und verheißungsvolles Kapitel der deutschen Geschichte begonnen.

+ + +

## Triumph der demokratischen Kräfte in Griechenland

Papandreu wieder Ministerpräsident - Absolute Mehrheit

Von Dr. Basil Mathiopoulos

In der Nacht von Sonntag auf Montag fand die Demokratie wieder eine Heimstätte in ihrem Geburtsland. Das griechische Volk - errettet aus jahrelangem Dunkel - kann wieder hoffnungsvoll in die Zukunft blicken. Bei den Parlamentswahlen vom vergangenen Sonntag erhielt die Zentrums-Union unter Papandreu 53 Prozent der gültigen Stimmen und wird somit nach bisherigen Informationen 174 von insgesamt 300 Sitzen im neuen Parlament mit ihren Abgeordneten besetzen. Die rechte National-Radikale Union des früheren Ministerpräsidenten Karamanlis erhielt nur 35 Prozent der abgegebenen Stimmen und 102 Sitze, während die linksextremistische EDA nur 11,7 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen konnte und 26 Sitze einnehmen wird.

Das Bild der politischen Verhältnisse im Land hat sich innerhalb von drei Monaten entscheidend verändert. Bei den Parlamentswahlen vom 3. November 1963 erhielt die Zentrums-Union 41 Prozent der Stimmen und 138 Sitze, die National-Radikale Union 39 Prozent und 132 Sitze und die EDA 14,5 Prozent und 28 Sitze. Da damals die Zentrums-Union, die die Regierung bildete, nicht über die absolute Mehrheit im Parlament verfügte, trat Papandreu zurück. Neuwahlen waren erforderlich.

Das Wahlergebnis vom vergangenen Sonntag bedeutet eine große Wendung. Einmal deshalb, weil Griechenland seinen Weg zur demokratischen Mitte gefunden und sich vom Extremismus der Linken und der Rechten gelöst hat, zwischen denen in den letzten 30 Jahren das Land wie ein Uhrpendel hin und her schwankte. Zum anderen, weil es dem griechischen Volk nunmehr zum ersten Mal seit Kriegsende vergönnt sein wird, ein Leben in Ruhe und Ordnung zu führen. Der unerbittliche Kampf Papandreus gegen das unzeitgemäße Regime der autoritären Rechten fand damit seine Rechtfertigung. Die Griechen haben sich für die Verwirklichung des Ideals einer parlamentarischen Demokratie entschieden; darüber hinaus aber auch für das soziale Programm der Regierungspartei. Die Zentrums-Union hatte große sozialpolitische Reformen auf ihre Fahnen geschrieben.

Seit den Wahlen im Oktober 1961 hat nun die Rechte 16 Prozent an Stimmen eingebüßt. Sehr bedeutsam ist weiterhin, daß die prokommunistische EDA innerhalb von drei Monaten seit den letzten Wahlen 3,5 Prozent ihrer Anhänger verlor. Ein derartiger Erdbeben dürfte selten sein und zeigt besonders eindringlich, daß der Kommunismus nicht durch polizeistaatliche Maßnahmen, sondern durch Sozialreformen ständig in die Defensive gedrängt wird.

Außenpolitisch wird die Regierung Papandreu in fester Bindung zur westlichen Allianz stehen. Besonders die deutsch-griechische Freundschaft wird sich vertiefen. Auch erwartet man eine Intensivierung der Athener Balkanpolitik. Allerdings hat Papandreu, der am Montag dieser Woche seine Kabinettsliste dem König unterbreitet, die schwierige Aufgabe, sich in die äußerst komplizierte Zypern-Frage einzuschalten.

Eine Nachlese

Von Heinrich G. Ritzel, MdB

Mitglied des Haushaltsausschusses des Bundestages

Mit der Zustimmung des Bundesrats zu der nach schweren Kämpfen vom Bundestag beschlossenen Erhöhung der Kriegsofferversorgung, ist ein Kapitel abgeschlossen worden, dessen Wiederholung man aus moralischen Gründen nicht wünschen möchte. Die Ehrenschuld unseres Volkes gegenüber den Kriegsoffern trat zu wenig in Erscheinung. Das Recht des Kriegsbeschädigten auf ausreichende Versorgung lief Gefahr, in eine soziale Leistung nach dem Grad der Bedürftigkeit auszuarten. Eine solche Entwicklung wäre für die Soldaten der Bundeswehr eine ebenso schlechte Sache gewesen, wie für die direkt betroffenen Opfer des ersten und zweiten Weltkrieges; denn die Versorgung der heutigen Wehrpflichtigen hängt von der Regelung der Kriegsofferversorgung ab. Die noch nicht beseitigten Unterschiede im Vergleich zur Unfallversicherung werden auch hier in absehbarer Zeit nach einer weiteren Regelung rufen.

Die Auseinandersetzungen im Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages führten zu den bekannten Deckungsvorschlägen der Regierungsparteien, die mit der Holzaxt zugeschnitten waren. Ihre Berechtigung wird von den auf den betroffenen Gebieten besser orientierten Fachleuten der Koalitionsparteien im Einzelfall selbst bestritten. Schon jetzt liegen Beweise dafür vor, daß die vorsichtige und abwägende Haltung der Sozialdemokraten berechtigt war, ist und bleibt. Die sozialdemokratischen Mitglieder des Haushaltsausschusses haben längst vor den Regierungsparteien aus der ersten Einsicht in den Etatentwurf der Bundesregierung die Überzeugung gewonnen, daß die erforderlichen Mittel für die Neuregelung der Kriegsofferversorgung aus dem Haushalt bereitgestellt werden konnten, sie haben aber - soweit Abstriche in anderen Etats notwendig werden - verlangt, daß diese Abstriche erst nach gründlicher Beratung und nicht durch einen Gewaltakt getätigt werden. Sie haben auch den von den Regierungsparteien zugrundegelegten Mehrbedarf von 380 Millionen DM in Zweifel gezogen, weil sie der Auffassung sind, daß am Ende des Rechnungsjahres ein wesentlich geringerer Betrag als zusätzlicher Bedarf festgestellt werden wird. Sie gründen ihre Auffassung nicht zuletzt auf die Entwicklung der Zahl der Kriegsofferverwundeten.

Nach amtlichen Angaben betrug die Zahl der Kriegsbeschädigten im Jahre 1959 1 446 295. Sie ist bis zum Jahre 1963 zurückgegangen auf 1 386 295. Die Zahl der Witwen ist von 1 171 812 im Jahre 1959 auf 1 165 633 im Jahre 1963 zurückgegangen; die Zahl der Waisen von 559 004 1959 auf 167 758 im Jahre 1963 und die Zahl der Eltern ging seit 1959 zurück von 271 509 auf 199 223. Es liegt in der Natur der Dinge, daß die Zahl der bezugberechtigten Waisen sich rasch noch weiter verringern wird und es ist ein Naturgesetz, daß auch die Zahl der Eltern sich relativ rasch verringern wird. Dem sozialdemokratischen Antrag auf Neuregelung der Kriegsofferversorgung zum 1. 10. 1963 rückwirkende Kraft zu verleihen, ist leider an der Mehrheit der Regierungsparteien gescheitert. Es war und bleibt die Überzeugung der Sozialdemokraten, daß auch der hieraus entstandene Mehraufwand zu decken gewesen wäre. Fast steht jedenfalls, daß ohne die Haltung der Sozialdemokraten im Kriegsofferversorgungsausschuß und im Haushaltsausschuß das jetzige Ergebnis nicht zu erreichen gewesen wäre. Es bleibt zu hoffen, daß in der Ausführung des neuen Gesetzes jede vermeidbare Verzögerung unterbleibt. Auch darauf haben unsere Kriegsofferverwundeten einen berechtigten Anspruch.

## Ägyptische Impressionen

### Land des Fatalismus und Fanatismus

Von Peter Jacobs, MdB

- \* Eine Gruppe Abgeordneter des Deutschen Bundestages be-
- \* suchte kürzlich Ägypten. Eindrücke von dieser Reise
- \* schildert MdB Peter J a c o b s, Trier.

\* \* \*

Der Bazar in Kairo, jene überquellende Fülle und gigantische Anhäufung von Menschen, Waren und jeglicher Kreatur, reicht bis in die Totenstadt hinein. "Sahara City", das architektonisch als Oase aufgeputzte Vergnügungsetablisment, zwar noch im Weichbild der Stadt - aber doch schon mitten in der Wüste. Beides - neben vielem anderen: Elemente eines Lebens ohne Übergänge. Fatalismus und bis zum Fanatismus gesteigerte Begeisterung sind dicht beieinander, Geschichtsbewußtsein und vielmehr als in Europa von der Religion her geprägte Lebensformen im Sinne des Beharrens und der Überlieferungen. Keiner der Verantwortlichen des neuen Ägypten - oder was politisch nicht ohne Bedeutung ist - der Vereinigten Arabischen Republik will auch nur im entferntesten Volk und Land aus diesem Geschichtsbewußtsein und seinen Bindungen entlassen und dennoch, vielleicht mehr als sonstwo in der Welt, überall das erkennbare Bemühen, mit Riesenschritten in unsere moderne Welt hineinzuwachsen, um in ihr und mit ihr zu leben!

### 60 Prozent der Bevölkerung unter 14 Jahre alt

Das eine tun ohne das andere zu lassen, ist eine gebieterische Notwendigkeit und viel weniger eine Folge der Ungefuld und des Prestigedenkens einer revolutionären Bewegung, die diesem Lande deutlich ihren Stempel aufdrückt. Ein paar Zahlen mögen das verdeutlichen. Zu einer Zeit, da die Bevölkerung Ägyptens fünf Millionen betrug, standen fünf Millionen Hektar landwirtschaftlich nutzbare Fläche zur Verfügung. Bedeutende Anstrengungen waren notwendig, diese Fläche auf sechs Millionen Hektar zu vergrößern, obwohl heute davon eine Bevölkerung von fast 28 Millionen ernährt werden muß. Selbst ein so gewaltiges Vorhaben, wie der neue Assuan-Staudamm, ermöglicht nur eine Vermehrung der Anbaufläche um weitere 23 Prozent auf insgesamt 7 1/2 Millionen Hektar für eine dann auf 35 Millionen angewachsene Bevölkerung. Vielleicht ist dies das größte und schwierigste Problem: die unaufhörlich steigende Bevölkerungszahl um jährlich eine Million Menschen. Mit dem wachsenden Erfolg im Kampf gegen die charakteristischen Krankheiten des Landes, die immer noch in großer Zahl ihre Opfer fordern, hat die in modernen Industriestaaten übliche Geburtenbeschränkung nicht Schritt gehalten, so daß heute 60 Prozent der Bevölkerung unter 14 Jahre alt sind.

Niemand weiß besser als der mit großen Vollmachten ausgestattete Präsident dieses Landes, Gamal Abdel N a s s e r, wie sehr die Lösung der gestellten und übernommenen Aufgaben im Bereich des Sozialen oder auch nur die Schaffung einer zukünftigen tragfähigen Grundlage auf das engste verknüpft ist mit dem Stand der Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten.

Im Jahre 1952, am Beginn einer neuen politischen und gesellschaftlichen Ära Ägyptens gab es in ganzen Lande 400 Schulen. Heute sind es achttausend und an jedem dritten Tage wird eine weitere Schule fertiggestellt. Die damit zusammenhängenden Fragen, wie Lehrerbildung-, Lehr- und Lernmittel, können hier nur angedeutet werden, um die Größe der Aufgabe zu ermessen.

Dazu kommt eine immer noch große Armut unter den Millionen Fellachen, deren Festhalten an traditionellen Lebensformen die Aufgabe, Hunger und Elend zu bekämpfen, nicht gerade erleichtert.

#### Hoffnung der Nation

Assuan-Staudamm. Größtes Bauwerk der Welt. Hoffnung der Nation. Traum und Trauma zugleich. Ramses 1964. Dieser Gedanke drängt sich einem auf, wenn man weiß und sehen kann, wie 30 000 Menschen tagsüber in glühender Sonne und in der Nacht im hellen Lichterschein unter Verwendung modernster Baumaschinen am Werk sind. Unter ihnen 1 800 sowjetrussische Ingenieure und Techniker als Konsequenz der im Zuge der sogenannten Dalles-Doktrin abgelehnten Finanzierung dieses hochbedeutenden Bauwerkes durch den Westen. Die Politik des neuen Ägypten identifiziert sich so sehr mit dem neuen Damm, daß es kein Zurück mehr gab und die Mittel dort genommen wurden, wo sie sich anboten. Heißt das politische Bindungen in eine bestimmte Richtung? JA und NEIN. JA, was die ökonomischen Fakten anbelangt, NEIN im Hinblick auf die erstrebte und angewandte Politik eines eigenen Weges innerhalb der arabischen Welt.

Für diese Behauptung gibt es Beweise auch und in besonderen Bezug auf das Verhältnis Ägyptens zur Bundesrepublik. Die Politik der Regierung ist eindeutig antikommunistisch und mit besonderer Betonung auf einen "Sozialismus arabischer Prägung" abgestellt.

Ein Experiment gewiß und eine Methode staatlicher Einflußnahme auf viele Lebensbereiche, deren endgültiger Erfolg oder Mißerfolg im Sinne einer freiheitlichen Lebensordnung auf einer gesunden ökonomischen Grundlage noch keinesfalls feststeht. Es wäre jedoch ungerecht, nicht einsehen zu wollen, daß und in welchen Ausmaße die vor der Revolution vorhandene Oberschicht im Kampf um eine notwendige neue Wirtschafts- und Sozialordnung versagt hat. Das erklärt vieles über das, was ist und wie es geworden ist.

#### Gute Beziehungen zu Bonn

In einer Unterhaltung mit Präsident Nasser ließ er auf eine entsprechende Frage keine Zweifel daran, daß er an seiner bisherigen Haltung in Bezug auf die Nichtanerkennung der Ostzone als einem zweiten deutschen Staat nichts zu ändern beabsichtige. Er freue sich über die traditionell guten Beziehungen zur Bundesrepublik und hoffe auf einen weiteren Ausbau der Zusammenarbeit.

Allerdings scheinen auch der Präsident und seine Mitarbeiter wie weite Teile der ägyptischen Bevölkerung, die Möglichkeiten der Bundesrepublik innerhalb der sogenannten Entwicklungshilfe zu überschätzen. Andererseits sollte nicht übersehen werden, was eine sinnvolle Entwicklungshilfe für beide Teile, für den Gebenden und Nehmenden, im Endeffekt bedeutet, nicht nur politisch, sondern auch ökonomisch.